

Krafer Zeitung.

Nr. 130.

Montag den 11. Juni

1866.

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafer 3 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. X. Jahrgang. Redaction, Administration und Expedition: Grob-Gasse Nr. 107.

Gebühr für Insertionen im Anzeigeblatte für die vierstellige Perzeile 5 Kr., im Anzeigeblatte für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budeweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

Amtlicher Theil.

Nr. 5072. praes.

Die Gemeinden des Taborer Bezirkes haben alle aus Anlaß der gegenwärtigen Ereignisse aus dem dortigen Bezirke einberufenen Umlauber und Reservisten über 500 an der Zahl auf Wägen bis Pilsno, in mehreren Fällen auch bis Tarnow aus eigenem Antriebe unentgeltlich befördert.

Dieser Act patriotischer Opferwilligkeit wird mit voller Anerkennung zur allgemeinen Kenntniß gebracht. Vom k. k. Statthalterei-Präsidium. Lemberg, am 8. Juni 1866.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben nachfolgendes Allerhöchste Handschreiben zu erlassen geruht:

Kaiser Franz Joseph I. an die Commission zur Controlle der Staatsschuld über ihre Wahrnehmungen hinsichtlich der Gebahrung im Staatsschuldwesen für das Jahr 1865 ermittelten Vortrage vom 11. Mai d. J. entnehme Ich mit Befriedigung, daß die Commission die ihr mit dem Besche vom 27. October 1865 übertragene Aufgabe mit Pflichterfüllung und Gewissenhaftigkeit erfüllt und alle Zweige des Staatsschuldwesens einer sorgfältigen Ueberwachung und Prüfung unterzogen hat.

Nicht minder gereicht Mir zur Befriedigung, aus dem Sachverhalte der Commission zu ersehen, daß der gesammte Staatsschuldendienst in jeder Beziehung in vollkommener Ordnung und Regelmäßigkeit vor sich geht, daß seitens der Finanzverwaltung alle einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen pünktlich eingehalten und alle den Staatsgläubigern gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten genauestens erfüllt worden sind.

Inwiefern die Commission aus ihrem gesetzlich begränzten Mandate der Controlle über die Gebahrung mit der Staatsschuld Anlaß nimmt, die Verschaffenheit der auf Grund meines Patentens vom 20. September 1865 von meinem Finanzminister vorgenommenen und mit den Gesetzen vom 23. November 1865, 24. April und 3. Mai 1866 sanctionirten Maßregeln in den Bereich ihrer Erörterungen zu ziehen und politische Erwägungen allgemeiner Natur daran zu knüpfen, will Ich die patriotische Ansicht, welche die Mitglieder der Commission dabei geübt geleitet hat, nicht verneinen.

Das Recht der Wähler durch ihre legalen Vertretungen bei der Gesetzgebung und Finanz-Gebahrung beschließend mitzuwirken, wird von Mir jederzeit gewährleistet. Diese Zusicherung zu verweihen, bleibt Mein erstes und unausgesetztes Streben und nichts wird Mein Herz mehr beglücken, als wenn das Gefühl der Einigkeit und des patriotischen Zusammenwirkens, das in dem Momente der drohenden Kriegsgefahr bei allen Wählern meines Reiches so mächtig zur Geltung gelangt und Oesterreich noch außen hin stark und achtunggebietend macht, auch bei den Fragen innerer Regierungsverwaltung leidend und bestimmend wirken und so dann in einem lebenskräftigen verfassungsmäßigen Organismus seine volle Weisheit und Befähigung erhalten wird.

Schönbrunn, am 6. Juni 1866.
Franz Joseph m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Genehmigung vom 22. Mai d. J. die stufenweise Vorrückung des Custos Canonicus Michael Stareczky zum Lectur canonicus, des Canonicus scholasticus Georg Soltesz zum Custos canonicus und des Canonicus junior Victor Labomierszky zum Canonicus scholasticus am Episcopat griechisch-katholisch in Domcapitel allergnädigst zu genehmigen und die hiedurch erledigte Domherrnstelle an demselben Domcapitel dem Titulardomherrn und Professor am k. k. Gymnasium Michael Michalitsch allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Genehmigung vom 4. Juni d. J. dem Hofrath bei dem k. k. Oberlandesgerichte Johann Nep. Freiherrn v. Wlach-Monteili aus Anlaß seiner angelegten Vernehmung in den bleibenden Ruhestand die Allerhöchste Zufriedenheit mit seiner vielfährigen treuen und ersprießlichen Dienstleistung allergnädigst zu bezeugen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Genehmigung vom 19. Mai d. J. dem Lehrer der biblischen Wissenschaften im Grazer Seminar Dr. Peter Satala zum Professor der Pastoraltheologie an der k. k. Universität allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Obergespan des Gömörer Comitates Rudolf von Kubinyi die Kammererswürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Staatsminister hat den k. k. Oberstaatsanwalt und Hofrath Peter Ragerbauer zum ersten und den k. k. Universitätsprofessor und Hofrath Dr. Franz Saimert zum zweiten Vizepräsidenten der juristischen Behörde der k. k. Staatsprüfungscommission in Wien ernannt.

Der Staatsminister hat über Vorschlag des Larnower bischöflichen Ordinariats den supplirenden Religionslehrer am k. k. Untergymnasium zu Bochnia Peter Pierezsky zum wirklichen Religionslehrer an derselben Lehranstalt ernannt.

Der Justizminister hat dem Adjuncten des Landesgerichtes in Triest Eduard von Berneda die bei demselben Gerichtshofe erledigte Rathsecretariatsstelle verliehen.

Die k. k. croatisch-slavonische Hofkanzlei hat den bisherigen provisorischen Lehrer an der Agrar-Oberrealschule Victor Ripez zum wirklichen Lehrer an derselben Lehranstalt ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krafer, 11. Juni.

Die „Wiener Ztg.“ veröffentlicht nachstehende aus Wien vom 1. d. datirte Depesche der k. k. österreichischen Regierung an ihre Gesandten in Paris, London und Petersburg (Die Antwort auf die Einladung zu den Conferenzen):

Im Anschlusse finden Sie eine Abschrift der Depesche, die mir am 29. Mai durch ... übergeben wurde und mit der die kaiserliche Regierung eingeladen wird, sich an gemeinsamen Berathungen zu betheiligen, welche nächstens in Paris eröffnet werden sollen. Gleichzeitig wurde uns eine ähnliche Einladung in fast identischer Fassung von ... übergeben.

Die drei Cabinete setzen uns in Kenntniß, daß es Zweck dieser Berathungen wäre, im Interesse des Friedens auf diplomatischem Wege die Fragen der Erbherzogthümer, der italienischen Differenz und endlich der Reformen des deutschen Bundes zu lösen, insofern sie das europäische Gleichgewicht berühren könnten.

Sie lassen sich von der Hoffnung, die zu dem Schritte der drei Mächte Anlaß gegeben hat, unsere Anerkennung widerfahren. Oesterreich namentlich legt zu großen Werth auf die Wohlthaten des Friedens, um nicht mit Befriedigung auf die Bemühungen zu blicken, mit denen man die Calamitäten des Krieges von Europa abzuwenden versucht. Trotz der an unsere Stellung angelegten gegenwärtigen Conjunctionen sich knüpfenden Schwierigkeiten, trotz der sehr natürlichen Einwendungen, die der Gedanke einer Zusammenkunft, welche berufen sein würde, Fragen, die für die kaiserliche Regierung von heiklicher (delicate) Natur sind, zu discutiren, in uns wach rufen könnte, lehnen wir es gleichwohl nicht ab, an jenen Bemühungen Theil zu nehmen. Wir wollen damit einen neuen Beweis für die versöhnlichen und uneigennütigen Ansichten geben, von denen unsere Politik fortwährend geleitet wird.

Nur wünscht die kais. Regierung früher die Zusicherung zu erhalten, daß alle Mächte, die an der projectirten Zusammenkunft theilnehmen sollen, gleich ihr bereit seien, dort kein Sonderinteresse zum Nachtheil der allgemeinen Ruhe zu verfolgen. Zum Gelingen des von den Cabineten im Auge gehaltenen Friedenswerkes erscheint es uns unerlässlich, im vorhinein festzustellen, daß von den Berathungen jede Combination ausgeschlossen bleiben werde, die darauf abzielen würde, einem der jetzt zur Zusammenkunft eingeladenen Staaten eine territoriale Vergrößerung oder einen Machtzuwachs zu verschaffen. Ohne diese vorläufige Bürgschaft, durch welche ehrgeizige Ansprüche beseitigt werden und welche nur gleichmäßig für alle billigen Vereinbarungen Raum läßt, müßte es uns unmöglich erscheinen, auf einen glücklichen Ausgang der vorgeschlagenen Berathungen zu zählen.

Jede von wahrhaft friedlichen Gesinnungen durchdrungene Macht wird nicht anstehen, auf eine Verpflichtung gleich der von mir soeben bezeichneten einzugehen und die Cabinete werden sich in diesem Falle mit einiger Aussicht auf Erfolg mit den Mitteln zur Befestigung der Schwierigkeiten des Moments beschäftigen können.

Wir glauben, daß die ... Regierung das Begründete unseres Verlangens nicht zu verkennen vermögen wird. Ohne Zweifel wird sie in demselben den aufrichtigen Wunsch ertheilen, den Conferenzen die einzige Basis zu sichern, die Täuschungen vorzubeugen, Mißverständnisse zu beseitigen, endlich bestehende Rechte zu wahren und so Europa zu gestatten im Stande sein wird, begründete Friedenshoffnungen an die Eröffnung der Berathungen zu knüpfen. Sobald die drei Regierungen, die uns eingeladen haben, in der Lage sein werden, uns die verlangte Zusicherung zu geben, wird sich die kaiserliche Regierung befehlen, durch die Entsendung eines Bevollmächtigten nach Paris die Zustimmung zu bekräftigen, die sie unter diesem Vorbehalte schon jetzt dem ihr übermittelten Antrage thut.

Es versteht sich jedoch von selbst, daß die von der kaiserlichen Regierung gegenüber der Regierung des Königs Victor Emanuel eingenommene Stellung, durch die eventuelle Zustimmung Oesterreichs, sich in einer Zusammenkunft, die sich mit „der italienischen Differenz“ beschäftigen soll, repräsentiren zu lassen, weder geändert, noch derselben präjudicirt werden könnte. In diplomatischen Conferenzen, die abgehalten werden, ehe der Krieg jede frühere Verbindlichkeit aufgehoben hat, muß angenommen werden, daß das öffentliche europäische Recht und dem gemäß die Verträge als natürlicher Ausgangspunkt dienen. Wir sind der Ansicht, daß diese Bemerkung zu keinen Einwürfen Anlaß geben kann; sie bezeichnet hinreichend die Haltung, die wir einzunehmen haben werden, und wir glauben den Mächten ein Unterpfand der vollkommenen Loyalität unserer Absichten zu geben, indem wir eine Freimüthigkeit bekunden, die beiderseits vollständig sein muß, wenn man will, daß ein aufrichtiger Ausgleichsvertrag in Angriff genommen werde.

Schließlich müssen wir einiges Befremden darüber ausdrücken, daß nicht auch in gleicher Weise die päpstliche Regierung zur Theilnahme an Berathungen, welche die italienische Differenz betreffen, geladen worden ist. Sicherlich könnte die Lage Italiens keiner Prüfung unterzogen werden, ohne daß die Interessen des Papstthums in Anschlag gebracht werden. Abgesehen von den Rechtsfragen, die wir doch unversehrt erhalten sehen wollen, ist die weltliche Souveränität des heil. Vaters eine, wie uns bedünken will, von allen Regierungen anerkannte

Thatsache. Demnach hat Se. Heiligkeit das unbestreitbare Recht, seine Stimme in einer Zusammenkunft vernehmen zu lassen, die sich mit den Angelegenheiten Italiens beschäftigen soll.

Wir glauben, daß die gegenseitigen Stellungen beiderseits klar festgestellt werden müssen, falls man nicht Europa und sich selbst in trügerischen Illusionen wiegen will, auf das Wagniß hin die Gefahr, anstatt sie zu verringern, noch zu erschweren.

Demnach glauben wir dem allgemeinen Interesse einen Dienst zu leisten, wenn wir ein Verlangen formuliren und Erklärungen hervorgerufen, die geeignet sein werden, mehr Licht in die Situation zu bringen.

Genehmigen Sie es.

Die „Independance belge“ veröffentlicht die Analyse einer zweiten österreichischen Depesche vom 1. d. Mts., von welcher die die Vorbehalte bezüglich der Congreß-Beschickung enthaltende Depesche begleitet wurde. Die Analyse lautet: Oesterreich erwartet keine günstigen Resultate von den Conferenzen, weil der Artikel bezüglich der Cession Venetiens bedeutet. Dem stellt Oesterreich eine absolute Weigerung entgegen. Eine so wichtige Provinz abtreten, wäre Selbstmord. Wo wären Compensationen für dieselbe zu finden? Die Türkei steht nicht auf der Tagesordnung. Die Donaufürstenthümer, die Herzogowina und Bosnien böten kein Aequivalent. Auch eine Entschädigung durch Schlesiens sei in Aussicht. Oesterreich, fern, diese Combination zu wünschen, zieht vor, daß jede Macht ihr legitimes Eigenthum behalte. Oesterreich würde die Gefühle des Landes und der Armee verletzen, wenn es über ein Aufgeben Venetiens unterhandeln würde. Erklärte dies Oesterreich nicht auf dem Congresse, so fielen auf Oesterreich die Verantwortlichkeit des Mißlingens. Oesterreich kann eine Discussion bezüglich Italiens nur auf der Basis des Züricher Vertrages acceptiren; es nehme den Congreß gerne an, wenn es eine Garantie erhalte, daß die Mächte vermittelst desselben nicht zu erreichen trachteten, was sie mit Waffengewalt zu verfolgen Anstand nehmen. Die neutralen und uninteressirten Mächte werden Oesterreichs Motive begreifen. Oesterreich, im Rechte stark, wünscht sein Eigenthum zu behalten. Dieser Analyse des Actenstückes wäre nach der „N. Fr.“ noch beizufügen, daß dasselbe ausdrücklich sagt, die in der Hauptdepesche gemachten Vorbehalte schließen nicht aus, Gebietsausgleichungen als ein zweckentsprechendes Arrangement zu betrachten. Im Principe sei Oesterreich nicht solchen Ausgleichungen entgegen, welche vorausgesetzt gestatten, daß keinem der Beteiligten einseitig Opfer zugemuthet oder Sondervortheile zugewendet werden. Für die Cession Venetiens, für die Zulassung einer Machtvergrößerung Preußens könne also Oesterreich nur durch diese beiden Staaten entschädigt werden.

Nur sei aber der Austausch eines italienischen Gebietes für Venetien eine unmögliche Combination; es würde also Preußen die Pflicht zufallen, das Compensationsobject für Oesterreich herzugeben. In diesem Zusammenhange ist auf Schlesiens hingewiesen; aber, wie deutlich genug gemacht wird, lediglich, um zu zeigen, daß es vergeblich sein würde, wenn der Congreß sich auf das Gebiet der territorialen Compensationen begeben wollte.

Die Antwort des Aulic-Cabinetes auf diese Depesche erklärt zunächst, daß die kaiserlich französische Regierung sich nicht in der Lage befindet, die Voraussetzungen, an welche Oesterreich seine Theilnahme an der Conferenz geknüpft, erfüllen zu können und daß sie demnach darauf verzichten müsse, ihrer Einladung weitere Folge zu geben. Sie könne es bedauern (regretter), daß jene Voraussetzungen formulirt worden; aber sie begreife sie nicht und achte sie (il les comprend et il les respecte). Im Uebrigen halte sie an der Hoffnung fest, daß der Augenblick komme, wo es ihr vergönnt sein werde, ihre uneigennütigen Anstrengungen zur Aufrihtung eines dauernden Friedens in Europa unter der erleuchteten Mitwirkung aller seiner Großmächte zu erneuern und zum erwünschten Ziele zu führen.

Der „Constitutionnel“ schreibt: „Die Friedensbemühungen sind gescheitert; gleichwohl ist der Krieg außerhalb des Kampfes. Frankreich ist nicht engagirt und bewahrt sich die volle Freiheit der Action, mag der Krieg ausbrechen oder nicht. Frankreich nimmt nur an den Ereignissen activen Theil, wenn gebieterische Umstände es zur Vertheidigung der Ehre und der nationalen Interessen dazu verpflichten.“

„La France“ vom 8. d. schreibt: Es wurde vom Herzog von Gramont ein letzter Versöhnungsversuch in Wien gemacht. Graf Mensdorff soll aber die in der Antwort auf den Conferenzvorschlag dargelegten Gründe streng aufrechterhalten haben. Die Depeschen des Herrn von Gramont über die Ergebnisse seiner Bemühungen werden für morgen erwartet.

Die „Wiener Abendpost“ spricht sich über das Einrücken der preussischen Truppen in Holstein folgendermaßen aus: Der Einmarsch der Preußen in Holstein ist eine überaus schwer wiegende Thatsache. Er bezeichnet den einseitigen Nudruck Preußens von der Gasteiner Convention als einen eclatanten und beispiellosen Vertragsbruch. Wir constatiren, daß es lediglich der Mäßigung der österreichischen Regierungsborgane in Holstein zu verdanken ist, wenn ein blutiger und in seinen Folgen unabsehbarer Conflict sich nicht sofort an den unberechtigten und ungerechtfertigten Schritt Preußens knüpfte.

Am 8. d., meldet die „Deb.“, wurde dem Wiener Cabinet in diplomatischer Weise die Anzeige gemacht, daß Preußen durch die neuesten Schritte Oesterreichs in der Herzogthümerfrage die Gasteiner Convention als gelöst betrachte. In Folge dessen werde preussische Militär in solchen Orten Holsteins einrücken, die nicht von österreichischen Truppen besetzt sind. Gleichzeitig werde Oesterreich freigestellt, auch seinerzeit Garisunen nach Schleswig zu verlegen. Diese neueste preussische Kundgebung soll in ganz besonders „elegantem“ Tone gehalten sein. Als nächsten Zweck dieses preussischen Schachzuges betrachtet man in gutunterrichteten hiesigen Kreisen die Vereitelung der Ständeversammlung, die für Montag nach Ipehoe einberufen ist. Wie man jedoch versichert, hat das Wiener Cabinet auch für diesen Fall bereits seine Entschlüsse gefaßt. Nicht Oesterreich, der Bund ist es, der in erster Linie durch die Verhinderung der Ständeversammlung in seinen Rechten verletzt erscheint. Dem Bunde wird es daher Oesterreich anheimstellen, die geeigneten Vorkehrungen zur Abwehr eines Actes zu treffen, der auch eine Verletzung des Bundesrechtes in sich schließt.

Wie ein Wiener Telegramm der „Bö.“ meldet, wird das Einrücken der Preußen in Holstein nicht als Kriegsfall betrachtet, weil der Krieg zwischen Bundesgliedern rechtlich unmöglich ist; wohl aber tritt der Fall des Artikels 19 der Wiener Schlußacte ein, wo der Bund verpflichtet ist, den gestörten Bundesfrieden wieder herzustellen. Dagegen wird der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Preußen stündlich gewärtigt.

Ein Wiener Telegramm der „Schles. Ztg.“ vom 8. Juni meldet: Graf Karolyi ist angewiesen worden, den Einmarsch der Preußen als offenen Vertragsbruch zu bezeichnen und morgen die Zufendung seiner Pässe zu verlangen. Wenn der Executionsantrag durchdringe, beginnt Oesterreich die Kriegsaction als Bundesexecution.

Das „N. Frdb.“ will erfahren haben, daß die Brigade Kalik Altona verläßt, und über Hannover nach Oesterreich zurückkehrt. Diese Nachricht ist unbestätigt. Die Brigade Kalik und der Statthalter FML. v. Gablenz bleiben, die Ereignisse abwartend, in Altona.

Nach Berichten aus Kiel, 8. Juni, hat Freiherr v. Manteuffel den Herrn FML. v. Gablenz aufgefordert, eine gemeinschaftliche Regierung der Herzogthümer mit ihm in Kiel einzurichten.

Nach der „N. Z.“ soll in Wien bereits notificirt sein, daß General v. Manteuffel zum preussischen Commissar für beide Herzogthümer ernannt worden ist, wobei Oesterreich anheimgestellt wird, seinen Statthalter für Holstein auch für Schleswig zu bevollmächtigen. Preussische Truppen sollen in Holstein einrücken, wogegen es Oesterreich freisteht, ebenso wieder zur Mitbesetzung Schlesiens zu schreiten. Nun ist es zwar möglich, daß die von preussischer Seite angeordneten militärischen Bewegungen keinen bewaffneten Zusammenstoß herbeiführen, da die Truppen voreerst nur Cantonirungen beziehen sollen, in denen keine Oesterreicher stehen. Jedoch müssen die Dispositionen der beiderseitigen Militär- und Civilbehörden einander in solcher Weise durchkreuzen, daß der daraus hervorgehende thatsächliche Zustand nur wenige Tage dauern kann.

Die Absicht des Herzogs von Augustenburg, den dauernden Aufenthalt in Altona zu nehmen, ist aufgegeben. Er hat sich auf seine nahe Verjüngung in Neustädten begeben.

Nach Berichten aus Frankfurt a. M., 8. Juni, unterstützen Hannover, Kurhessen, Oldenburg sowie die an der Reserve-Infanterie-Division beipre-

stehende Divisionen die kaiserliche Regierung in ihrer Politik.

Die „Wiener Ztg.“ veröffentlicht nachstehende aus Wien vom 1. d. datirte Depesche der k. k. österreichischen Regierung an ihre Gesandten in Paris, London und Petersburg (Die Antwort auf die Einladung zu den Conferenzen):

lichten Staaten Preußen in der Mainzer Befestigungsfrage, ebenso Baiern, Baden, beide Mecklenburg, die Hansestädte und Luxemburg.

Der Großherzog von Weimar und der Herzog von Coburg haben sich den Friedensbemühungen des Großherzogs von Baden angeschlossen. — Meinungen ist gegenüber den übrigen Thüringer Staaten für Parlament und Reform. Der Großherzog von Baden hat geäußert, daß er den preussischen Reformplan vollständig und in allen Specialitäten billige. In der badischen ersten Kammer sprach Stabel sehr zurückhaltend. Die Sorge Badens müsse die Erhaltung der Integrität sein.

Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt officiös: „Die Reise des Großherzogs von Baden an den sächsischen Hof hat allerdings zum Zweck gehabt, den Versuch zu machen, das sächsische Cabinet zu einer unbefangenen Auffassung und Erwägung der gegenwärtigen Verhältnisse zu bestimmen; es ist jedoch dieser Versuch vollständig fehlgeschlagen. Das sächsische Cabinet scheint Willens, auf jede Gefahr hin, der Bundesgenosse Oesterreichs zu bleiben, obgleich es in den Stände-Verhandlungen, welche soeben in Dresden stattgefunden, die Erklärung abgegeben hat, Sachsen werde sich möglichst neutral halten.“

Hierzu bemerkt das „Dresd. Journ.“, die Schlussbemerkung indirect bekräftigend, „daß die sächsische Regierung, wie auch die Verhandlungen des Landtages hinlänglich bekräftigen, weder der „Bundesreform“ noch der „Verfassung des Parlaments“ irgend eine Schwierigkeit in den Weg zu legen gesonnen sei, und daß mithin, wenn auf Grund dieser beiden Factoren der Frieden nicht erhalten bleiben sollte, unsere Regierung eine Schuld nicht treffen könnte.“ Hieraus wird einerseits ersichtlich, daß — woran übrigens nie zu zweifeln war — das sächsische Cabinet entschieden Position genommen, und andererseits, daß Baden immer wieder an Rückschlägen in die Gottha'sche Neutralitätspolitik leidet, daß mithin die Bamberger Vereinbarungen immer wieder gelockert werden.

Die „N. Fr. Presse“ vernimmt, daß österreichischer Seite die Absicht bestehe, die Bundesreformacte wieder aufzunehmen und das Volkshaus aus directen Wahlen hervorgehen zu lassen. Das stimmt damit überein, daß Hr. v. Barnbüler in der württembergischen Kammer erklärte, Oesterreich werde nicht gegen eine Parlamentseinberufung einzuwenden haben, und daß Hr. v. Beust in der sächsischen Kammer die Versicherung gab, das „Delegirten“-Project vom Frankfurter Fürstentage sei allseitig fallen gelassen worden.)

Das „Dresd. Journ.“ schreibt: Von einem französischen Rundschreiben, welches die Mittelstaaten ermahnt, in dem Conflict zwischen Oesterreich und Preußen neutral zu bleiben, ist der sächsische Regierung bisher nichts bekannt.

Fürst Carl I. ist unermüdetlich in Proclamationen. Am 2. dieses hat er wieder eine solche an das rumänische Volk erlassen, an deren Schluss er sagt: „Helfen wir uns nur selbst, Rumänen, und Gott wird uns gewiß auch heilenden.“ Das Wort ist deutlich genug gegen die Pforte gerichtet.

Die Nachricht, Rußland habe die Wahl des Prinzen von Hohenzollern zum Hospodar der Donau-Fürstenthümer gebilligt, ist unbegründet. Das Organ des russischen Ministeriums des Aeußeren, das „Journ. de St. Petersbourg“, äußert: „Das geheime Unternehmen des Prinzen Carl von Hohenzollern, der im gegenwärtigen kritischen Augenblick die preussische Armee verläßt, in welcher er die Ehre hatte zu dienen, um mit Hilfe eines Häufleins rumänischer und anderer Revolutionäre den rumänischen Thron den Betrüger und jüngsten Beschlüssen der Conferenz zum Trotz zu besteigen, gibt dem „Journal des Debats“ Anlaß zu Betrachtungen und Commentaren, die beweisen, daß in unserer Zeit selbst die geachteten Organe der Presse manchmal ohne Bedenken Wahrheit Anstand und sogar den gesunden Menschenverstand den Interessen der von ihnen verteidigten Sache zum Opfer bringen.“

Wie ein Telegramm aus Bukarest, 7. Juni, meldet, soll die türkische Armee am 7. d. die Donau überschritten und ein Zusammenstoß stattgefunden haben. Rumänische Truppen sind aus Bukarest den Türken entgegengeschickt worden. Der Prinz von Hohenzollern übernimmt das Obercommando und geht zur Armee ab. Die Regierung beantragt bei der Kammer eine Anleihe von 36 Millionen Piaster mit Zwangscours für die Armeebedürfnisse. (Die Nachricht von dem Einmarsche der Türken in die Walachei hat sich bis zur Stunde noch nicht bestätigt.)

Im Unterhaus erwiderte am 8. auf eine Interpellation Griffiths Payard: Die Regierung erhielt keine Nachricht von einem Donauübergang der türkischen Truppen. Alle Tractatmächte instruirten ihre Vertreter, nichts zu thun, was ihre respectiven Regierungen verpflichten könnte, den fremden Prinzen anzuerkennen. Walsh hofft, England werde eine active Einmischung vermeiden.

Nachrichten aus Cattaro melden, daß seit drei Tagen zwei türkische Kanonenboote und ein größeres Schiff vor dem Hafen von Cattaro und vor Klef, dem benachbarten türkischen Hafen kreuzen. Darauf reduciren sich die Nachrichten über das Erscheinen einer türkischen Flotte im adriatischen Meere. Die Schiffe werden in dem Hafen von Cattaro nicht einlaufen, es entfällt somit jeder Grund zu einer Beschwerde anderer Mächte.

Das Cabinet von Madrid hat neuerdings in einem Ministerrathe beschlossen, von nun an den Krieg gegen die südamerikanischen Republiken mit größter Energie zu führen, ohne etwaigen ferneren Vermittlungs-Vorschlägen nochmals ein Ohr zu leihen.

In der Cortessitzung am 8. d. sprach D'Donnell

die Befürchtung aus, Spanien werde noch 1866 sein eigenes Territorium verteidigen müssen.

Der Proceß gegen Jefferson Davis, der Anfangs Juni zur Verhandlung kommen sollte, ist nach einer Depesche der „Times“ auf den August verlagert worden.

Landtagsangelegenheiten.

Aus Pest, 8. d., wird gemeldet: Die Nothstands-Commission hat in ihrer heute Abends stattgefundenen Sitzung den Entwurf einer Adresse an Se. Majestät festgestellt und wird denselben morgen der Plenarsitzung des Hauses vorlegen, die um 11 Uhr Vormittags eröffnet wird. Nach einem Pester Telegramm der „N. Fr. Pr.“ wird Deak motivirte Tagesordnung beantragen.

„Sürgöny“ meldet über die Nothstands-Affaire: Der erschöpfte Landesfond wird zur Deckung der dringenden Unterstützungs-Erfordernisse mit den nöthigen Vorstößen versehen. Der Tavernicus bezieht vorgestern eine Conferenz, in welcher als nächster dringendster Schritt bezeichnet wurde, dahin zu wirken, daß die zu Grunde gerichteten Saaten möglichst durch Nachsaaten ersetzt werden. Zu diesem Zwecke wurde bereits eine Instruction an die Obergespänner erlassen und wird den betreffenden Obergespänner zur Nachsaat auch effective Hilfe geboten werden. Aus mehreren Theilen des Landes sind günstigere Nachrichten eingelaufen. Weizen, Mais erholen sich; selbst Roggen ist nicht ganz verloren. Einzelne Ortsschaften und Kulturweige seien freilich hoffnungslos.

„Bilag“ berührt einen Unterschied zwischen der jetzigen und der Nothlage von 1863. Seit dem Eintreten der neuen Calamität sind kaum einige Tage vergangen und wir haben nicht allein einen Beweis von der Fürsorge der Regierung, sondern es tröstet uns auch das Unterspand der hohen Theilnahme und wirksamen Unterstützung des Monarchen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 9. Juni.

Der Statthalter für Tirol und Vorarlberg hat mit Zustimmung des Polizeiministeriums die Wiedereinführung der Pässevision längs der Schweißgränze bis auf Weiteres verfügt.

Nach Berichten aus Agram, 8. d., hat die General-Congregation des Pozejaner Comitates in ihrer letzten Sitzung beschlossen, aus Anlaß der drohenden Kriegsgefahren Sr. Majestät dem Kaiser eine Loyalitäts-Adresse zu unterbreiten.

Deutschland.

Freiherr von Manteuffel hat vor dem Einrücken der Preußen nach Holstein eine Proclamation an die Schleswiger erlassen, in welcher es u. A. heißt: Die Souveränität des Königs ist in Holstein gefährdet, die Landesinteressen sind in Frage gestellt, denn die Berufung des Landtags des einen Herzogthums kann nur behufs der Anbahnung einer Gesamtvertretung statthaben. Zur Wahrung der Rechte bin ich beauftragt, die Truppen nach Holstein zu verlegen. Die Maßregel trägt einen defensiven Charakter. Ich habe Euren geseglichen Sinn achten gelernt und gebe einen Beweis davon, indem ich das Herzogthum von Truppen entblöße. Ihr werdet zeigen, daß nicht Furcht, sondern Loyalität Euer bisheriges Verhalten veranlaßt hat. Ihr habt mich kennen gelernt und kennt meine Aene für die Landesinteressen. Ihr zweifelt nicht an der Macht und dem Willen Preußens. Glaubt an beides.

Der „Hamburger Correspondent“ theilt eine Depesche des Gouverneurs von Manteuffel an den FML. von Gablenz vom 6. Juni Abends mit, in welcher es heißt: Durch die Erklärung Oesterreichs am Bunde und die Einberufung der holsteinischen Stände sei die Gasteiner Convention gebrochen, und es trete nach der Auffassung Preußens der Zustand vor der Gasteiner Convention wieder ein. Er (Manteuffel) werde auf Befehl der Regierung in den folgenden Tagen in der Richtung von Bramstedt und Ipehoe nach Holstein einrücken und in die von Oesterreich besetzten Orte nicht einmarschiren; er habe vom Könige den Befehl, möglichst Conflicten vorzubeugen. Er hoffe leicht auf eine Einigung mit Gablenz über die neuen Verhältnisse und werde die Civil-Regierung nicht antasten, indem er an der Hoffnung festhalte, daß die beiderseitigen Souveräne dem drohenden Kriege durch eine beiderseitige friedliche Verständigung zuvorkommen werden. Den preussischen Präensionen gegenüber bemerken wir: Oesterreich macht nun von dem ihm vertragsmäßig übertragenen Souveränitätsrechte in Holstein Gebrauch, wenn es nach Recht und Brauch des Landes, die Ständeversammlung für das Herzogthum Holstein auf den 11. Juni durch den Statthalter einberufen läßt (offenbar um zunächst die Wünsche der Volksvertretung hinsichtlich der Lage des Landes zu vernehmen), das berechtigt Preußen durchaus nicht, seine Truppen über die zu Gastein vereinbarte Gebietsgränze schieben und Theile des an Oesterreich überwiesenen Landes besetzen zu lassen. Alle preussischen Kronjuristen werden mit ihrem vereinigten Scharfsinn keine Einrede entdecken, welche diesem Angriff auch nur den Schein einer Berechtigung zu geben vermöchte. Allerdings gesteht der Vertrag von Gastein beiden Mächten das ideale Miteigenthum an den zwei Herzogthümern zu, allein der Besitz ist getheilt und Oesterreich zur alleinigen Uebung der Souveränitätsrechte in Holstein befugt — Preußen hat daher kein Recht auf militärische Allein- oder Mitbesetzung dieses Landes. (Vertrag von Gastein Art. 1.) Glaubt Preußen seine Rechte durch die österreichischerseits beabsichtigten Schritte gefährdet, so hat es von Rechtswegen bei dem deutschen Bunde

Schutz zu suchen, nicht den Bundesfrieden zu brechen. Durch seinen militärischen Einfall in Holstein sind die Vertragsrechte Oesterreichs, das Recht des deutschen Bundes und die Landesrechte Holsteins in ihren klarsten Säugungen — gebrochen.

Ein Altonaer Tel. der „N. Fr. Pr.“ meldet: Die bereits begonnenen Schanzarbeiten wurden sistirt. Oesterreichische Feldwachen wurden errichtet. — Der Erbprinz von Augustenburg erhielt aus Frankfurt Depeschen wichtigen Inhalts. Scheel-Plessen ist zurückgekehrt und wird mit General Manteuffel conferiren.

Der Gesamt-Bestausschuß zum vierten deutschen Turnfeste hat den Beschluß gefaßt, dasselbe für dieses Jahr zu sistiren. Uebrigens wurde beschlossen, daß der Ausschuß beisammenbleiben solle, um unter günstigen Zeitverhältnissen die Geschäfte wieder zu übernehmen, die einseitige Abwicklung derselben aber dem Centralausschusse anheimzustellen und dem deutschen Turnausschusse von dem Beschluß Kenntniß zu geben, daß man sich die Abhaltung des Festes für eine günstigere Zeit vorbehalte.

Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ haben im bayerischen Lager am Lechfelde großartige Solbatentumulte stattgefunden.

In der Sitzung der bayerischen Kammer vom 8. d. M. entspann sich anläßlich der Berathung der Adresse eine ungemein heftige Debatte über die Frage bezüglich des Schutzes der Rheinlande und über die sofortige Berufung des Parlamentes. Die Kammer sprach sich gegen die Neutralität aus.

In der Sitzung der badischen Abgeordneten-Kammer verlangte die Regierung einen Credit von 3,813,000 Gulden für die Mobilmachung und legte einen Gesetzentwurf, betreffend die Einberufung der Ex-Capitulanten, vor.

Die württembergische Abgeordnetenkammer hat Hops' Antrag auf Vereidigung des Militärs auf die Verfassung abgelehnt. Der Landtag selbst wurde am 8. d. geschlossen.

Die erste sächsische Kammer billigte die Regierungspolitik in der Rüstungs-Angelegenheit, trat bezüglich des Militär-Credits den bewilligenden Beschlüssen der Abgeordneten-Kammer bei, verwarf deren Beschluß bezüglich des Parlamentes und nahm den Ausschubstrat an, die Staatsregierung möge auf eine den Bedürfnissen Deutschlands entsprechende Bundesreform hinwirken, und insbesondere die baldigste Berufung eines Parlamentes herbeizuführen bemüht sein.

Aus Rastatt, 8. Juni, wird gemeldet: Die preussischen Truppen ziehen von hier ab und werden in Uebereinstimmung mit dem Bundesbeschlusse durch Baden ergänzt. Es heißt, die abziehenden Bataillone würden sich mit dem bei Wehlar zu concentrirenden preussischen Corps vereinigen.

Aus Berlin, 8. Juni, wird gemeldet: Heute Abend geht Prinz Albrecht mit dem Stabe nach Schloß Muskau ab. — Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin trifft Sonntag früh zum Besuch hier ein. — Moltke, Roon, der Kronprinz und der Herzog von Sachsen-Altenburg sind heute zu Generalen der Infanterie ernannt worden. — Der Herzog von Ratibor mit Familie ist angekommen; er selbst kehrt zurück. — Károlyi wollte heute Abend abreißen. — Das Berliner conservative Central-Wahl-Comité veröffentlicht einen Wahlausruf, in welchem unbedingte Unterstützung der auswärtigen Politik der Regierung, Zurückstellung des inneren Conflictes hinter den äußeren und Concentrirung aller Hilfsmittel des Staates auf einen Punkt, in einer Hand gefordert wird. — Herr v. Scheel-Plessen hatte gestern Besprechungen mit den Vertretern von Oldenburg und der freien Städte und Nachmittags eine Audienz beim Könige, sodann eine Conferenz mit dem Grafen Bismarck und ist des Abends nach Altona abgereist. — Das Criminalgericht hat heute gegen Westren wegen seiner Kammerrede verhandelt. Der Staatsanwalt beantragte wegen Beleidigung des Justizministers, des Staatsministeriums und des Obertribunals eine einjährige Gefängnißstrafe. Der Gerichtshof erklärte sich für competent und sprach den Angeklagten auf Grund des §. 84 der Verfassung frei.

Ein Telegramm der „Debatte“ aus Berlin, 8. Juni, meldet: Der König hielt heute eine Ansprache an das Officierscorps der abmarschirenden Truppen „Preußen“, so sagte der König, „geht durch den bevorstehenden Kampf der ruhmreichsten Zukunft oder einem unberechenbaren Ausgange entgegen. Ich hoffe frohliches Wiedersehen; beschließt jedoch die Vorlesung anders, so werden die, die jetzt scheiden, sich niemals wiedersehen.“

Der neue Erzbischof von Posen und Gnesen, Graf Ledóchowski, tritt, der „Allg. Ztg.“ zufolge, sehr energisch gegen die politischen Neigungen des polnischen Klerus auf. Daß er denselben die Annahme von Mandaten zum Abgeordnetenhaus untersagt, haben wir bereits gemeldet.

Von der preussisch-schlesischen Gränze meldet ein Brief: Von Freiburg rückt die preussische Armee vor, um einen Einbruch in Sachsen zu unternehmen; vermuthlich werde die schlesische Gebirgsbahn zur Beförderung benützt. Der König werde in Reise erwartet. Der Gränze entlang seien in Distancen von je zehn Minuten Patrouillen zu zwei Mann aufgestellt; bis zum 15. d. muß Glatz vom Civile geräumt sein. Die preussischen Gränzortschafren müssen der Armee Fleisch liefern.

Ein Prager Telegramm der „N. Fr. Pr.“ vom 9. d. meldet: Vorgestern zogen preussische Truppen, die von Breslau kommend, gegen Sachsen vorrückten in solcher Menge bei Waldenburg vorbei, daß die Kohlenfuhrwerke nach anderthalbstündigem Warten nur dadurch die Straße passiren konnten, daß man ihnen die Durchbrechung des Militärschutzes gewährte.

Aus Dresden, 9. d., meldet ein Telegramm der „N. Fr. Pr.“: Eine neue preussische Armee-Division ist über Wittenberge (an der Elbe) nach Holstein dirigirt worden.

Frankreich.

Paris, 6. Juni. Man hält hier viel darauf, daß entgegen den Erklärungen im englischen Parlamente, es nicht das Cabinet der Autierien gewesen, welches zuerst nach dem Eintreffen der Reserven Oesterreichs die Conferenz für gegenstandslos erklärte; es ist auch charakteristisch, daß man noch heute den Kaiser sagen läßt: „Wäre die Conferenz zu Stande gekommen, so würde ich Europa durch die Mäßigung meiner Ansprüche in Erstauern versegelt haben.“ — Dieses alles hindert natürlich nicht, daß die Vorbereitungen zum Eintritt ins Feld rüstig fortbetrieben werden. Soeben wurde der erste Caplan des Kaisers, Abbé Laine, zum ersten Almojenier der Armee ernannt, wie vorher schon Mgr. Coqueran zur selben Würde in der Kriegsmarine bestimmt worden. — Die Artillerie der Garde, welche erst am 25. d. Versailles verlassen sollte, um ins Lager von Chalons zu rücken, erhielt vorgestern die Ordre, schon am 7., also morgen, dorthin abzugehen. Zu gleicher Zeit ist der Ingenieur-General und Adjutant des Kaisers, Trossard, von einer speziellen Mission, die er in Beneziet zu erfüllen hatte, zurückgekehrt und alsbald nach seiner Ankunft vom Kaiser empfangen worden. Man sieht heute oder morgen dem Erscheinen des Decrets entgegen, welches die Session des gesetzgebenden Körpers bis zum 5. Juli verlängert. — Die Zurückweisung des Gesetzes über das literarische Eigenthum an die Commission wird so ziemlich von allen Seiten gebilligt. Der Entwurf befriedigt weder die eine noch die andere Partei, und nicht einmal die Commission selbst. Das Gesetz ist jetzt als bis zur nächsten Session verlagert anzusehen.

„La France“ sagt bezüglich des gegenwärtigen Conflictes: Wenn der Kaiser nicht unmittelbar seine Beschlüsse durch eine Mittheilung an die großen Staatskörper darlegt, so kann man es als gewiß betrachten, daß Staatsminister Rouher ermächtigt werden wird, den Kammern eine Erklärung abzugeben. Dasselbe Journal dementirt angebliche französische Militärvorbereitungen.

Spanien.

Nach Privatbriefen aus Spanien ist dort die Aufregung wieder so im Steigen, daß die Regierung der Ruhe in Madrid nicht mehr sicher ist, daß sie seit drei Wochen die Stadt jede Nacht von zahlreichen Cavallerie-Patrouillen durchstreichen läßt. Zudem ist die halbe Garnison immer in ihre Casernen conzignirt.

Italien.

König Victor Emanuel ist nach Turin gereist. In Turin soll ein Familienrath gehalten werden, in Folge dessen wahrscheinlich dem Prinzen von Carignan die Regentenschaft übergeben werden wird. Nach einem kurzen Aufenthalt in Turin wird der König zunächst die gesammte Armee inspiciren, von der lombardischen Seite beginnend und sich dann nach dem Hauptquartier begeben.

Aus Florenz wird der „R. Z.“ gemeldet: Cialdini (viertes Armeecorps) beabsichtigt von Bologna aufzubrechen, und man hält es für möglich, daß er einen Angriff auf Legnano verjucht.

Reisende, die aus der Lombarde ankommen, versichern, daß die piemontesische Armee immer näher und näher der Gränze rückt, daß die Freischaren im Begriffe stehen, von Como und Varese an den Lago di Garda zu rücken, um die Expedition in Tirol anzutreten und daß unter den piemontesischen Truppen allgemein der 13. d. als der Tag bezeichnet wird, an dem sie die Operation gleichzeitig beginnen werden.

Ein aus Florenz vom 8. datirtes Decret ruft die zweite Kategorie der Altersklassen 1342 — 45 unter die Waffen.

Nach Briefen aus Rom hat der Cardinal Antonelli, wie der „R. Z.“ berichtet wird, bei dem Fallissement eines Banquiers die Summe von 1,200,000 römischen Thalern verloren.

Rußland.

Nachrichten aus Warschau zufolge, wird die Firma der polnischen Bank in ein Bankcomptoir umgeändert. In Folge dessen werden statt der nicht mehr auszugebenden polnischen Bankbilletts nur russische cursiren. Dem Vernehmen nach hört der polnische Staats-Rath auf, zu fungiren.

Die polnische Emigration ist, wie die „D. Z.“ meldet, den sich vorbereitenden Kriegereignissen gegenüber hauptsächlich mit ihrer Einigung und inneren Organisation beschäftigt. Zu diesem Zwecke haben im vorigen Monat in Zürich und Paris Delegirten-Versammlungen verschiedener Emigranten-Bereine stattgefunden, von denen jedoch die demokratische Partei sich fern hielt. Auf der am 25. Mai in Paris stattgehabten Delegirten-Versammlung scheint wirklich eine äußere Vereinigung der nicht demokratischen Fractionen zu Stande gekommen zu sein. Der ehemalige Insurgentenführer Bosal (Graf Hauke) hat in Folge der Zurückweisung des der italienischen Regierung gemachten Anerbietens der Formirung einer polnischen Legion für Italien die Stadt Florenz, wo er sich zwei Jahre hindurch aufgehalten hatte, verlassen und ist nach Venedig bei Zürich übergesiedelt.

Donaufürstenthümer.

Die constituirende Versammlung fährt fort, den Constitutionsentwurf auszuarbeiten, und denselben Artikel für Artikel zu discutiren und zu amendiren. — Wie man der „Presse“ meldet, hat man in allen Sectionen mit sehr großer Majorität die Emancipation der Israeliten verworfen.

Rundmachung.

(596. 1-3)

Behufs Verpachtung des Mauth-Einkommens von der Stowina-Brzesko-Sendecker Landesstraße für die Zeit vom 1. Juli bis Ende December 1866 wird am 21sten Juni l. J. beim k. k. Bezirksamte in Brzesko eine Oferten-Verhandlung gepflogen werden.

Die Mauthgebühren werden an zwei Mauth-Stationen und zwar in Gnoinik die Wegmauth für 2 Meilen mit 4 kr. per Pferd, und in Brzesko die Brückenmauth II. Classe ebenfalls mit 4 kr. per Pferd eingehoben werden.

Der Fiskalpreis beträgt 450 fl. ö. W. für jede Mauthstation für die obgedachte Zeit.

Unternehmungslustige werden daher aufgefordert, ihre gehörig verfassten mit dem Badium von 45 fl. für jede Mauthstation und von Augen mit dem Namen oder der Firma des Unternehmers versehenen Offerten bis längstens 21. Juni 1866 2 Uhr Nachmittags beim k. k. Bezirksamte in Brzesko einzubringen, worauf sogleich die Eröffnung der Offerten erfolgen wird.

Dies wird hiemit zur allgemeinen Kenntniz gebracht und bemerkt, daß die speciellen Pachtbedingungen beim k. k. Bezirksamte in Brzesko jeder Zeit eingesehen werden können.

Vom k. k. Kreisvorstande.

Krakau, am 7. Juni 1866.

Obwieszczenie.

W celu wydzierżawienia myta na gościu krajowym Stowina-Brzesko-Sadeckim na czas od 1 lipca aż po koniec grudnia 1866 r. odbędzie się dnia 21 czerwca pertrakcyja ofertowa w c. k. Urzędzie powiatowym w Brzesku.

Myto pobierać się będzie na dwóch stacyach, a mianowicie w Gnojniku drogowe za 2 mile po cztery centy od konia i w Brzesku mostowe drugiej klasy po 4 centy od konia.

Cena fiskalna wynosi za pół roku, to jest za czas powyższy po złr. 450 w. a. od każdej stacyi.

Mających chęć wzięcia myta w dzierżawę wzywają się niniejszemu, ażeby swoje opeczutowane, w wadyum w kwocie złr. 45 od każdej stacyi zaopatrzone i zewnątrz nazwiskiem lub firmą przedsiębiorcy zaopatrzone oferty, do dnia 21 b. m. godziny 2 po południu w c. k. Urzędzie powiatowym w Brzesku złożyli, poczem natychmiast otwarcie ofert nastąpi.

Co się niniejszemu podaje do publicznej wiadomości i nadmieniam, że szczegółowe warunki dzierżawy w kancelaryi c. k. Urzędu powiatowego w Brzesku każdego czasu przejrzeć można.

Od c. k. Naczelnika obwodu.

Kraków dnia 7 czerwca 1866.

3. 28565.

Rundmachung.

(593. 2-3)

Am 24. Juni d. J. Vormittags wird in der Capelle zu St. Sophia in Lemberg nach abgehaltenen heil. Messe die Ziehung der Lose und zwar:

a. aus der Waisen-Mädchen-Ausstattungsstiftung des Johann Anton Lukiewicz im Gewinnstbetrage von 4028 fl. ö. W.

b. des Vincenz Ritter von Lodzia Poninski im Gewinnstbetrage von 600 fl., 600 fl. und 300 fl. öst. Währ., dann

c. der Elisabeth Czarkowska im Gewinnstbetrage von 111 fl. 76 kr. ö. W. stattfinden.

Diesigen auswärtsigen, das ist: außer dem Waisen-Institute der barmherzigen Schwestern zu St. Casimir in Lemberg befindlichen Waisenmädchen, welche an der Losziehung aus der Lukiewicz'schen Stiftung Theil nehmen wollen, haben sich bei der Vorsteherin des erwähnten Instituts und bei dem lat. Pfarrer zu St. Nicolaus in Lemberg längstens bis 22. Juni d. J. über ihre Eignung auszuweisen, zu diesem Behufe ihren Taufschein beizubringen, ihre Elternlosigkeit durch Todenscheine oder andere Urkunden, dann ihre Armuth und Moralität durch ämtliche vom betreffenden Pfarrer bestätigte Zeugnisse nachzuweisen und der abzuhaltenen heil. Messe am 24. Juni d. J. in der St. Sophia-Capelle beizuwohnen.

Kleine Kinder, welche die Ziehung nicht selbst vornehmen können, oder Waisenmädchen, welche das 24. Lebensjahr überschritten haben, sind von der Ziehung ausgeschlossen.

Zur Ziehung der Lose aus der Lodzia Poninski'schen Stiftung werden Mädchen zugelassen, welche durch legale Befehle nachweisen, daß sie katholischer Religion, in Galizien ehelich geboren und anständig sind, das 8te Lebensjahr vollendet und das 24te nicht überschritten haben, sich stets sittlich verhalten, den Religionsunterricht genossen haben, nebstbei arm sind, ihre Eltern, falls sie noch am Leben, einen sittlichen Lebenswandel führen und arm sind, oder falls sie schon verstorben wären, daß sie kein Vermögen hinterlassen haben.

Von dieser Nachweisung sind die Mädchen aus dem Waisen-Institute zu St. Casimir in Lemberg entbunden.

Gene Mädchen, welche einmal eine Ausstattungs-Premie aus einer dieser Stiftungen gezogen haben, sind von weiteren Ziehungen ausgeschlossen.

Das Einschreiten um Zulassung zur Ziehung ist von den Eltern oder Vormündern jener Mädchen, die daran Theil nehmen wollen, bis einschließig 16. Juni l. J. beim Einreichungs-Protocoll der k. k. Statthalterei in Lemberg einzubringen, die Mädchen selbst haben aber am 23. Juni l. J. somit einen Tag vor der Ziehung sich der betreffenden Losungs-Commission persönlich vorzustellen.

Die Reihenfolge der zur Ziehung zugelassenen Mädchen wird in der Art stattfinden, daß die älteren zuerst ziehen.

Die Mädchen, welche Gewinnstlose gezogen haben, sind verpflichtet, dem Willen des Stifters gemäß, für sein Seelenheil zu beten, und an seinem Todestage d. i. am 24. März jeden Jahres einer Seelenandacht für ihn beizuwohnen.

Zur Theilnahme an der Losziehung aus der Elisabeth Czarkowski'schen Stiftung werden Waisen-Mädchen, welche nicht unter acht, und nicht über 24 Lebensjahre zählen, zugelassen.

Dieselben müssen durch legale Befehle nachweisen, daß sie katholischen Glaubens ohne Rücksicht ob sie Eltern, oder auch nur Vater, oder mütterlos, dann ob sie ehelicher oder unehelicher Geburt sind.

Sie müssen in Galizien oder dem Großherzogthume Krakau von einheimischen Eltern polnischer Nationalität und im Falle ihrer unehelichen Herkunft, von einer Mutter dieser Nationalität, geboren, ferner tadelloser Lebenswandels und vermögenslos sein. Von dieser Nachweisung der erforderlichen Eigenschaften sind die Waisen-Mädchen im Lemberger barmherzigen Schwester-Institute zu St. Casimir befreit.

Waisen, welche bereits irgend einen Stiftungstheiler gewonnen haben, sind von der Losziehung ausgeschlossen. Bezüglich des Einschreitens um Zulassung zur Ziehung sind jene Barmhertigen, welche in dieser Rundmachung in Betreff der Lukiewicz'schen Stiftung enthalten sind, zu beobachten.

Die Gewinnerin hat die Verpflichtung für das Seelenheil der Stifterin Elisabeth Czarkowska insbesondere an deren Todestage, den 19. Juni jeden Jahres zu beten. Die Anweisung der Gewinnste aus den genannten drei Stiftungen wird zu Händen der gesetzlichen Vertreter der gewinnenden Mädchen, für welche die Gewinnste bis zur Verheirathung oder Erreichung des 24. Lebensjahres verbindlich angelegt werden, stattfinden.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 31. Mai 1866.

Obwieszczenie.

Dnia 24 czerwca 1866 odbędzie się we Lwowie w kaplicy św. Zofii przed południem po mszy św. losowanie z fundacyi posagowej, a mianowicie:

a) Jana Antoniego Lukiewicza w kwocie wygrywającej 4028 złr. w. a.

b) Wincenzego Łodzia Poninskiego w kwocie wygrywającej 600 złr., 600 złr. i 300 złr. w. a.

c) Elżbiety Czarkowskiej w kwocie wygrywającej 111 złr. 76 kr. w. a.

Sieroty nieznajdujące się obecnie w zakładzie sierot siostr miłosierdzia św. Kazimierza we Lwowie na wychowaniu, a chcące brać udział w losowaniu z fundacyi Lukiewicza, mają najdalej do 22 czerwca b. r. zgłosić się u przełożonej swego zakładu i u parocha obrz. iac. parafii św. Mikołaja we Lwowie i udowodnić swe uprawnienie do uczestnictwa w losowaniu, okazaniem metryki chrztu, jakoteż zaświadczenia siostrstwa, ubóstwa, moralności urzędownie przez dotyczącą parafię stwierdzonego, a w dniu 24 czerwca b. r. w kaplicy św. Zofii mszę św. wysłuchać.

Dzieci, które losować same nie są w stanie, są również jak sieroty, które 24 rok życia przekroczyły, od losowania wykluczone.

Do losowania z fundacyi W. Łodzia Poninskiego będą przypuszczane dziewczęta, które legalnie udowodnią, że są religii katolickiej, w Galicyi z rodziców słubnych zrodzone i tamże zamieszkałe, dalej że 8 rok życia ukończyły a 24 nie przekroczyły, że moralne życie wiodą, naukę religii pobierały i są ubogimi, że rodzice ich, jeżeli jeszcze żyją, także są ubodzy i moralnie się prowadzą, albo jeżeliby już nie byli przy życiu, że zmarli bez pozostawienia majątku.

Od złożenia powyższych dowodów są uwolnione dziewczęta znajdujące się w zakładzie św. Kazimierza we Lwowie.

Dziewczęta, które już raz wylosowały posag z jednej tych fundacyj, nie mogą więcej losować fundacyi Poninskiego.

Rodzice lub opiekunowie dziewcząt chcących brać udział w losowaniu mają wnieść pisemną prośbę we wyż wyrażony sposób dokumentowaną do protokołu podawczego c. k. Numiestnictwa we Lwowie najdalej do dnia 16 czerwca b. r., dziewczęta zaś same mają dniem przed ciągnięciem, a mianowicie 23 czerwca b. r. przedstawić się osobiście komisji losowaniem kierującej.

Do ciągnięcia przystąpią dziewczęta kolejno według starszeństwa.

Dziewczęta, które los wygrywający wyciągną, są z woli fundatora obowiązane modlić się za spokój duszy jego a w dzień śmierci jego mszę św. wysłuchać.

Do wzięcia udziału przy losowaniu z fundacyi Elżbiety Czarkowskiej będą przypuszczane dziewczęta nie mniej, jak 8, a nie nad 24 lat liczące.

Muszą one legalnie dowieść, że są religii katolickiej bez względu na to, czy rodziców weale, lub też tylko ojca albo matki nie mają, potem czy z rodziców słubnych są zrodzone.

Muszą być zrodzone w Galicyi lub Wielk. Księstwie Krakowskiem z rodziców polskiej narodowości a w razie powodzenia z rodziców nieslubnych, z matki tejże narodowości, muszą wieść życie moralne i być ubogie.

Od złożenia wymaganych dowodów uwolnione są dziewczęta sieroty w zakładzie siostr miłosierdzia św. Kazimierza we Lwowie się znajdujące.

Sieroty, które już raz wygrały posag, wykluczone są od losowania.

Względem podan o przypuszczenie do losowania zachować się mają owe formalności, jakiz w obwieszczeniu tém znajdując się co do fundacyi Lukiewicza.

Wygrywająca jest obowiązana, modlić się za spokój duszy fundatorki Elżbiety Czarkowskiej, a to szczególnie w dzień 19 czerwca każdego roku, jako w dzień śmierci tejże.

Wylosowane sumy posazne zostaną do czasu zamęzoia wygrywających dziewcząt, albo do czasu ich pełnoletności korzystnie ulokowane, a dotyczące rewersa zostaną ich zastępcom uprawnionym doręczone.

Z c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 31 maja 1866.

3. 516.

Edict.

(586. 2-3)

Von Seite des k. k. Bezirksamtes als Gericht in Wisnicz wird hiemit bekannt gemacht, daß in Folge Erbschreibens des k. k. Landesgerichtes in Krakau vom 26. Februar 1866, 3. 2423 zur Vornahme der bewilligten öffentlichen Versteigerung der, dem Eridatar Benjamin Einhorn von Wisnicz gehörigen Anteile an der Realität C. Nr. 5 und 60 in Wisnicz zwei Tagfahrten, die erste auf den 11. Juli 1866, die zweite auf den 10. August 1866 um 10 Uhr Vormittag hiergerichts unter nachstehenden Bedingungen bestimmt werden.

1. Die feilzubietenden Realitätsanteile werden bei dem einen und dem anderen Termine unter dem Schätzungswerte nicht hintangegeben.

2. Zum Auktionspreise wird der Schätzungswert von 446 fl. 50 kr. ö. W. angenommen, wovon 10/100 von jedem Kaufstücker vor Beginn der Licitation zu Händen der Licitationscommission im baaren Gelde zu erlegen sind und dem Bestbieter zurückgehalten werden.

3. Binnen 30 Tagen, nachdem der Licitationsact vom k. k. Landesgerichte Krakau zu Gericht angenommen und der diesfällige Bescheid dem Ersteher zugestellt sein wird, hat derselbe 1/3 des Kaufpreises mit Einrechnung des Badiums, binnen den folgenden 6 Monaten das zweite Drittel und binnen den weiter folgenden 6 Monaten das dritte Drittel beim k. k. Landesgerichte in Krakau zu erlegen oder sich bezüglich der Belastung der letzteren 2/3 mit den Eridaturläubigern einzuverstehen.

4. Nach Erlag des ersten Kaufschillingdrittels wird dem Ersteher ohne sein Ansuchen jedoch auf seine Kosten das Eigenthumsdekret ausgefertigt, derselbe als Eigenthümer der, auf den Namen des Benjamin Einhorn intabulirten Anteile der Realität C. Nr. 5 und 60 in Wisnicz intabulirt, auf diesen Anteilen werden gleichzeitig die restlichen zwei Drittel des Kaufpreises sammt 1/100 Zinsen vom Uebergabestage intabulirt, alle übrigen Lasten gelöscht und auf den restlichen Kaufpreis übertragen. Zugleich wird der Ersteher in den Besitz der, auf den Namen des Benjamin Einhorn intabulirten Anteile jener Realität eingeführt.

5. Sollte der Ersteher zur Uebernahme nicht erscheinen, so wird als Uebergabestag derjenige Tag angesehen, an welchem der zur Ubergabe angeordnete Gerichts-Commissar nach gechehener Vorladung des Erstehers an Ort und Stelle befehls der Uebergabe erschienen ist.

6. Vom Tage der Uebergabe der Realitätsanteile in den Besitz des Erstehers hat selber den bei ihm ausstehenden Kaufpreis mit 1/100 zu verzinsen und alle auf jenen Realitätsanteilen haftenden Steuer- und sonstigen Abgaben zu zahlen, welche für die, der Uebergabe vorangehenden Zeit aus der Concursmasse bezahlt werden.

7. Nach Verichtigung des ganzen Kaufpreises wird der restliche Kaufpreis, so wie alle darauf übertragenen Lasten und die aus dieser Licitation dem Ersteher auferlegten Verbindlichkeiten von Amtswegen, jedoch auf Kosten des Erstehers gelöscht.

8. Sollte der Ersteher welcher Bedingung immer nicht nachkommen, so werden auf Begehren einer interessirten Partei auf seine Gefahr und Kosten ohne neuerliche Schätzung die erstandenen Anteile um was immer für einen Bestoff in einem einzigen Feilbietungstermine hintangegeben, welche Strenge gleichzeitig mit den restlichen zwei Dritteln des Kaufpreises im Lastenstande der erstandenen Realitätsanteile intabulirt werden wird.

9. Der Grundbuchsextract, der Schätzungsact können beim k. k. Bezirksgerichte und die Steuerverschreibung beim k. k. Steueramte in Wisnicz eingesehen werden.

10. Für den Fall, als die feilzubietenden Realitätsanteile weder bei dem einen noch dem anderen Feilbietungstermine um den Schätzungswert hintangegeben werden könnten, wird zur Feststellung der erleichternden Bedingungen die Tagfahrt auf den 12. September 1866 Vormittag hiergerichts bestimmt, bei welcher die Tabulargläubiger zu erscheinen hätten, widrigenfalls die Ausbleibenden zur Mehrheit der Erscheinenden zugelassen werden würden.

Schließlich wird für die, dem Wohnorte nach unbekanntem Parteien und jene, welche nach dem 15. September 1863 in die Hypothek der feilzubietenden Realitätsanteile gelangen sollten, der Curator ad actum in der Person des hierortigen k. k. Postepedienten Herr Peter Giebutowski aufgestellt und ihm gegenwärtige Verständigung nebst Curateledecree zugesehert.

k. k. Bezirksamt als Gericht.

Wisnicz, den 19. März 1866.

Nr. 1944. Concurs-Rundmachung. (595. 1-3)

Zu besetzen die Controllorsstelle bei dem k. k. Salzverehleipante in Lurówka nächst Wieliczka in der 11. Diäten-Classe, dem Gehalte jährlicher fünfshundert zwanzig fünf Gulden ö. W., freier Wohnung, dem Salzbezüge von 15 Pfd. pr. Familienkopf jährlich und mit der Verbindlichkeit zum Erlage einer Caution im Betrage von 525 fl. öst. W.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 10 columns: Tag, Barom. Höhe, nach Barom. Höhe, Relative Feuchtigkeit, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Abweichung der Wärme im Laufe des Tages. Data for days 10, 11, 12.

Druck und Verlag des Carl Rudwaiser.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig documentirten Gesuche unter Nachweisung des Alters, Standes, Religionsbekenntnisses, des sittlichen und politischen Wohlverhaltens, der Gesundheitsumstände, der bisherigen Dienstleistung, der Kenntniz der deutschen und polnischen Sprache, der Salzmagazin- und Verschleiß-Manipulation, dann der entsprechenden Berechnung, endlich der Cautionfähigkeit und unter Angabe ob und in welchem Grade sie mit Beamten dieses Directions-Bezirktes verwandt oder verwandt sind, im Wege ihrer vorgelegten Behörden bei dieser Direction bis 6. Juli 1866 einzubringen.

Von der k. k. Berg- und Salinen-Direction.

Wieliczka, am 5. Juni 1866.

3. 1077.

Edict.

(588. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte Kenty wird bekannt gemacht, daß die über Ansuchen des Franz Angerer de praes. 20. März 1866 3. 1077 Behufs Vereinerbringung des Betrages von 500 fl. ö. W. f. R. G., des Gerichtskosten von 13 fl. 82 kr., 18 fl., 5 fl. 44 kr. und der gegenwärtigen auf 17 fl. 70 kr. bestimmten Executionskosten bewilligte executive öffentliche Feilbietung der dem Simon Kocur gehörigen sub Nr. 124 in Kozy gelegenen, einen Grundbuchkörper bildenden Realität in drei Terminen und zwar: am 19 Juli 1866, 25 August 1866 und 21. September 1866, jedesmal um 9 Uhr Vormittags im Orte Kozy selbst unter nachstehenden Bedingungen vorgenommen werden wird:

1. Zum Auktionspreise wird der gerichtlich erhobene Schätzungswert im Betrage von 2166 fl. ö. W. angenommen, unter welchem Schätzungswerte diese Realität in den festgesetzten zwei ersten Licitationsterminen nicht veräußert, beim dritten Termine dagegen auch unter dem Schätzungswerte, jedoch nur um einen solchen Betrag, welcher dem Betrage aller einverleibten Schulden gleichkommt, hintangegeben werden wird.

2. Jeder Kaufstücker wird gehalten 10% Badium d. i. 216 fl. 66 kr. ö. W. im Baaren oder in öffentlichen Staatspapieren nach dem Coursverthe gerechnet, vor Beginn der Licitation zu Händen der Licitationscommission zu erlegen.

3. Die Schätzungsurkunde, der Grundbuchsextract und die weiteren Licitationsbedingungen können die Kaufstücker in der h. g. Registratur einsehen und davon Abschrift nehmen.

4. Von dieser Licitation werden alle Tabulargläubiger zu eigenen Händen und diejenigen, welche später, das ist nach dem Tage des 20. März l. J. in das Grundbuch gelangen sollten, oder denen der Licitationsbescheid nicht rechtzeitig, oder gar nicht zugestellt werden wird, durch den für dieselben bestellten Curator ad actum k. k. Notar Brzeski verständigigt.

Kenty, den 5. Mai 1866.

Nr. 1189.

Rundmachung.

(597. 1-3)

Am 26. Mai l. J. Früh wurde im Graben der Aerial-Weichselstraße zwischen Przeciszów und Włosienica Bezirk Oswiecim, ein unbekannter Mann erschlagen gefunden. Derselbe war 20 bis 23 Jahre alt, 4 Schuh 10 Zoll lang, gut genährt, stark gebaut, hatte das Kopfhair von brauner Farbe mittelmäßig abgeschoren, jedoch etwas länger oberhalb der Stirn und Schläfengegend, die Hornhaut der Augen blau, die Nase abgestumpft proportionirt, die Zähne vollständig mit Ausnahme eines etwas abgedackten linken Schneidezahnes. Als Bekleidung hatte derselbe: einen ordinären braunelich gefärbten Strohhut, ein leinenes abgetragenes Kleid, vulgo gornica genannt mit 3 Faisten, deren Aermelumschläge und Kragen vom blauen Tuch, und in der rechten Tasche ein schmutziges braungestricheltes Schnupstuch mit eingewickelten 2 Nr. eine schwarze manschetten Weste mit 5 Knopflöchern und nur 3 Knöpfen, ein abgenüßtes Hemd von grober Leinwand, gute Hosen ebenfalls von grober Leinwand mit hölzernem Knopfe zugezogen und mit schmalen Riemen umgürtelt, und zerrissene vorgeschobene Stiefel, von denen der linke an der inneren Fußballenseite einen mit einem dünnen Eisenbraute angehefteten Fleck hat.

Alle, welche von der Person des Ermordeten Bissenschaft haben können, woher, wohin und mit wem er gefahren ist, werden aufgefordert, dieses dem Untersuchungsgerichte Kenty anzuzeigen.

R. k. Untersuchungsgericht.

Kenty, am 4. Juni 1866.

Die Originalausgabe des in 28. Auflage erschienenen Werks:

Der persönliche Schutz von Laurentius.

Aerztlicher Rathgeber in geschlechtlichen Krankheiten, namentlich in Schwächezuständen. Ein starker Band von 232 Seiten mit 60 anatomischen Abbildungen. In Umschlag versiegelt. Preis Thlr. 1. 10 Sgr. = fl. 2. 20 kr.

ist fortwährend in allen namhaften Buchhandlungen vorrätig, in Krakau bei Ferdin. Baumgarten, in Wien bei C. Gerold's Sohn.

Man achte darauf, daß jedes Exemplar der Originalausgabe von Laurentius mit dessen vollem Namensiegel versiegelt ist. — Die unter ähnlich lautenden Titeln erschienenen Auszüge und Nachahmungen desselben sind unvollständige, fehlerhafte Plagiate, wie schon ihr Aeusseres es verrieth. (394. 8-12)

Der Juwelier M. Fröhlich,

Ringplatz, neben der Marienkirche in Krakau gibt dem P. E. Publicum bekannt, daß er alle in sein Fach einschlägigen Verstellungen annimmt und Reparaturen zu den mäßigsten Preisen bewerkstelligt. (539. 3)